Klimakonferenz endet mit Erfolg

Nach zwei Wochen zäher Verhandlungen haben sich die Diplomaten in Mexiko auf Fortschritte beim Klimaschutz verständigt. Zum ersten Mal wird offiziell das Ziel genannt, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen.

Hope – Hoffnung, schreiben diese Greenpeace-Anhänger auf den Strand von Cancún. FOTO: DPA

Der Klimaschutz wird Pflicht

Konferenz in Mexiko gibt den unverbindlichen Abmachungen von Kopenhagen einen rechtlichen Rahmen

VON UNSEREM MITARBEITER CHRISTIAN MIHATSCH

Warten, warten auf den Text der Mexikaner. Nach zwei hektischen Verhandlungswochen und zwei durchverhandelten Nächten haben plötzlich alle Zeit. Der letzte Tag der Klimaverhandlungen in Cancún beginnt mit einer seltsamen Leere. In der Nacht zuvor war es den Ministern nicht gelungen, einen Vorschlag für eine Abschlusserklärung zu erarbeiten. Jetzt arbeitet die mexikanische Konferenzpräsidentschaft an einem.

Die Minister und Klimadiplomaten sind nicht mehr gefragt. Todd Stern, der Chef der US Delegation, schlendert durch das Konferenzzentrum. Der deutsche Umweltminister Norbert Röttgen genehmigt sich ein zweites Frühstück.

Dann kommt der erste der beiden Texte, der zum Kyoto-Protokoll. „Wenn dieser Text so verabschiedet wird, ist das der Durchbruch“, sagt Wendel Trio von Greenpeace. Zum ersten Mal steht in einem offiziellen Dokument, dass die Industriestaaten bis 2020 ihre Emissionen um 25 bis 40 Prozent im Vergleich zu 1990 senken müssen, wenn die Welt die Klimaerwärmung auf zwei Grad begrenzen will.

Dann heißt es wieder warten. Mittags um drei kommt der zweite Text. Er beschreibt, was die Länder machen müssen, die nicht beim Kyoto-Protokoll dabei sind, also die USA und die Entwicklungsländer. Und wieder ist die Begeisterung groß: Das Zwei-Grad-Ziel ist darin festgeschrieben. Es soll ein Fonds geschaffen werden, um den Entwicklungsländern beim Schutz des Klimas und beim Schutz vor dem Klimawandel zu helfen. Der Raubbau an den Regenwäldern soll gestoppt werden. Der Einsatz klimafreundlicher Technologien in Entwicklungsländern wird gefördert.

Noch wichtiger ist aber etwas anderes: Zum ersten Mal werden die Minderungsziele der Entwicklungsländer in einem offiziellen Dokument der UN-Klimakonvention festgehalten. Die Unterscheidung zwischen Industriestaaten, die zu Emissionsreduktionen verpflichtet sind, und Entwicklungsländern, für die der Klimaschutz freiwillig ist, wird aufgeweicht. Nun wird von beiden Gruppen erwartet, dass sie Maßnahmen zur Begrenzung ihrer Treibhausgasemissionen umsetzen. Außerdem wird kontrolliert, ob die Länder auch machen, was sie sagen.

Der mexikanische Vorschlag setzt um, was man von der Konferenz in Cancún erwartet hatte: Er formalisiert die Zusagen aus der „Übereinkunft von Kopenhagen“ aus dem vergangenen Jahr. Damals war die Konferenz rechtlich gesehen gescheitert, denn Länder wie Bolivien hatten damals das Verhandlungsergebnis abgelehnt. Und so wurde es nicht offiziell verabschiedet, sondern von den Mitgliedsländern der UN-Klimakonvention nur „zur Kenntnis genommen“. Kurz, der so genannte „Copenhagen Accord“ hat keine rechtlich bindende Wirkung. Aufgabe von Cancún war es, dessen Inhalt rechtlich zu verankern.

Mit ihrem Protest bleiben die Bolivianer allein

Aber das mexikanische Papier geht über den „Copenhagen Accord“ hinaus. Zum ersten Mal gestehen sich die Länder ein, dass ihre Zusagen nicht ausreichen, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Selbst wenn alle Länder ihre anspruchsvollsten Reduktionsziele umsetzen, sind die Emissionen im Jahr 2020 immer noch um zehn Prozent oder fünf Milliarden Tonnen Kohlendioxid zu hoch. Das ist ein Problem, denn deshalb droht sich das Klima um mehr als drei Grad zu erwärmen.

Aber ein Textvorschlag ist noch keine Entscheidung. Gegen sechs Uhr abends beginnt die entscheidende Sitzung. Die Delegierten haben den Eindruck, dass die jahrelangen Verhandlungen endlich zu einem positiven Abschluss gebracht werden können. Doch die Bolivianer sagen klar, was sie von dem mexikanischen Textvorschlag halten, nämlich nichts: Die Reduktionsziele seien zu schwach, der Klimafonds habe kein Geld, und überhaupt sollten die Entwicklungsländer nicht auf Reduktionsziele verpflichtet werden, weil die Industriestaaten am Klimawandel schuld sind. Bolivien steht mit dieser Position – so richtig sie inhaltlich sein mag – allein da. Selbst Venezuela, Kuba und Nicaragua aus der gemeinsamen Verhandlungsgruppe „Bolivarische Allianz der Völker von unserem Amerika“, kurz Alba, verweigern die Gefolgschaft. Aber trotzdem hat die Konferenz ein Problem. Eigentlich müssen Entscheidungen der UN-Klimakonvention im Konsens getroffen werden. Doch das ist ein dehnbarer Begriff: „Konsens bedeutet nicht, dass ein einziges Land ein Vetorecht hat“, erklärt Konferenzpräsidentin Espinosa. Boliviens Ablehnung findet Eingang ins Protokoll. Aber schließlich sagt Espinosa: „Die Beschlüsse sind hiermit angenommen“. Bolivien will jetzt vor dem Internationalen Gerichtshof in den Haag gegen den Text von Cancún klagen.

DIE BESCHLÜSSE

Grüner Klimafonds

Zwei-Grad-Ziel: In der Präambel eines Dokuments wurde das Ziel zur Kenntnis genommen, die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen. Damit ist das Ziel nun offiziell in den UN-Verhandlungsprozess eingeführt.
Zwei Klimaschutzwege: Die Konferenz vereinbarte einen Fahrplan für die Fortsetzung des Kyoto-Protokolls und einen für die Klimaziele der USA und der Entwicklungsländer. Rechtlich bindend ist keines der beiden Papiere.
Klimaziele: Die Kyoto-Industriestaaten und die USA legen ihre nationalen Treibhausgas-Reduktionsziele in einer Liste fest. Die Entwicklungsländer reduzieren ihre Treibhausgase nur im Vergleich zum Wirtschaftswachstum auf Basis freiwilliger Zusagen. Damit sind die Ziele nun im UN-Verhandlungsprozess verankert.
Treibhausgaslücke: Weil die vorgelegten Ziele nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen, werden die Länder ausdrücklich aufgefordert, mehr zu tun.
Waldschutz: Das Abkommen betrachtet die Wälder auf nationaler Ebene und nur in eng begrenzten Ausnahmefällen den einzelnen Wald. Letzteres birgt die Gefahr, dass ein Wald geschützt und dafür der daneben abgeholzt wird.
Transparenz: Die Minister vereinbarten einen Arbeitsauftrag, um die Klimaschutzaktivitäten der Länder besser international zu beobachten.
Langfristige Klimahilfen: Unter Mithilfe der Weltbank soll ein Grüner Klimafonds für Entwicklungsländer etabliert werden. Er soll helfen, dass von 2020 an jährlich 100 Milliarden Dollar (75 Milliarden Euro) an ärmere Staaten gezahlt werden können. *dpa*

Die Klimagöttin aus Mexiko

Wie Mexikos Außenministerin Patricia Espinosa in Cancún die Interessen der Länder unter einen Hut brachte

Auf der internationalen Bühne ist die mexikanische Außenministerin Patricia Espinosa bisher kaum aufgefallen, in Cancún aber wurde sie zum großen Star. Mehrere Minuten spendeten ihre Ministerkollegen aus aller Welt stehend Beifall. Die 52-Jährige, die perfekt Deutsch spricht und früher Botschafterin in Berlin war, genoss die Zustimmung sichtlich. Die Diplomatin und zweifache Mutter zeigte bei den UN-Klimaverhandlungen, dass sie nicht nur eine geschickte Unterhändlerin ist, sondern auch knallhart basta sagen kann.

Espinosas Entscheidung, Cancún konsequent als Anti-Kopenhagen anzulegen, hat der Weltklimakonferenz von Mexiko ihren Stempel aufgedrückt: Nichts wurde während der Konferenz öfter wiederholt, als dass die mexikanische Verhandlungsführung alles transparent gestalte, dass es weder Parallelverhandlungen noch Geheimpapiere gebe, und dass jeder angehört werde. Mit Engelsgeduld ertrugen

Patricia Espinosa FOTO: DPA

Espinosa und ihre Mitstreiter auf den Podien es auch, wenn Länder ihre Position fünfmal wiederholten. Jede Unterbrechung, jede Verzögerung wurde ertragen. Damit schuf Patricia Espinosa die Grundlage dafür, später den isolierten Widerstand Boliviens ins Leere laufen lassen zu können.

Denn als sich Bolivien als einziges der über 190 Länder dem von ihr vorgelegten Kompromiss über Stunden stur widersetzte und damit das gesamte Verhandlungswerk zu scheitern drohte, machte sie dem Spuk entschlossen ein Ende. Die Einwände Boliviens, beschied Espinosa kühl, seien nicht gewichtig genug, um den Beschluss der Cancún-Vereinbarung daran scheitern zu lassen. Boliviens Widerspruch werde selbstredend in die schriftliche Dokumentation des Gipfels aufgenommen, doch ein Vetorecht gebe es nicht. Auch ohne die Zustimmung der Bolivianer ließ sie den Hammer niederknallen und erklärte das Abkommen des Gipfels für angenommen. „Konsens bedeutet nicht Einstimmigkeit“ , sagte sie.

Damit hatte Mexikos Außenministerin einen großen Fanclub gewonnen. „Mexiko hat das super gemacht“, sagt Martin Kaiser von Greenpeace. „In dieser Nacht haben Sie mehr Lob bekommen, als die Mehrheit der Menschen in ihrem ganzen Leben erhalten wird“, sagte der norwegische Premierminister Jens Stoltenberg.

In den vier Jahren an der Spitze des mexikanischen Außenministeriums hatte Espinosa nie derart auf dem Weltparkett geglänzt. Präsident Felipe Calderón holte sie Ende 2006 in sein Kabinett. Damals war sie Botschafterin in Wien. Zuvor hatte sie diesen Posten von 2001 bis 2002 in Berlin inne. Espinosa besuchte als Kind die deutsche Alexander-von- Humboldt-Schule in Mexiko-City. Ihre Deutschkenntnisse perfektionierte sie später bei einem einjährigen Aufenthalt in Ahrensburg. Nach dem Studium der Internationalen Beziehungen wurde sie Karrierediplomatin. In den 1990er Jahren war sie unter anderem mehrere Jahre an der UN-Vertretung Mexikos in New York tätig und später an Verhandlungen der lateinamerikanischen Staaten mit der EU beteiligt. *Bärbel Krauss und dpa*

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Dr. Christian H. Hodeige
CHEFREDAKTEUR: Thomas Hauser (verantw.)
STELLV. CHEFREDAKTEUR: Thomas Fricker
LEITENDE REDAKTEURE:
REPORTAGE/LAND & REGION: Stefan Hupka
HEIMATREDAKTION: Bernd Serger
POLITIK: Thomas Fricker; NACHRICHTEN & BLATTPLANUNG: Frauke Wolter, Karl-Heinz Fesenmeier; WIRTSCHAFT: Dr. Jörg Buteweg; KULTUR & MAGAZIN: Alexander Dick; SPORT: Michael Dörfler; FORUM: Maikka Kost
KORRESPONDENTENBÜROS in Berlin, Stuttgart, Brüssel, London, Paris, Straßburg, Rom, Washington, Moskau, Peking und Johannesburg

CHEF VOM DIENST: Hans P. Wühler
STELLV. CHEF VOM DIENST: Anselm Bußhoff
LAYOUT/GRAFIK: Wolfgang Grabherr
BZ-EXTRA: Michael Sträter

BADISCHER VERLAG GMBH & CO. KG,
Basler Straße 88, 79115 Freiburg
Telefon 0761 - 496-0
Fax Redaktion 0761 - 496-5029
Fax Abonnentenservice 0761 - 496-8696
Fax Geschäftsführung Verlag 0761 - 496-4709
E-MAIL-ADRESSEN:
redaktion@badische-zeitung.de
forum@badische-zeitung.de
aboservice@badische-zeitung.de

GESCHÄFTSFÜHRER:
Wolfgang Poppen, Hans-Otto Holz
ANZEIGEN: Ralph Strickler (verantw.)
VERTRIEB: Thomas Zehnle
PERSONAL UND RECHT: Dr. Verena Ehrlicher

ANZEIGENANNAHME:
Telefon 0800 - 22 24 221 Fax 0800 - 2224 229
E-Mail: anzeigen@badische-zeitung.de
Internet: www.badische-zeitung.de/anzeigen
www.schnapp.de
FÜR INSERATE AUS DER SCHWEIZ:
Publicitas Basel, Telefon 061 - 27 54 141
Fax 061 - 27 54242

DRUCK UND VERSAND:
Freiburger Druck GmbH & Co. KG

WAN IFRA
INTERNATIONAL NEWSPAPER COLOR QUALITY CLUB
Die Badische Zeitung ist Mitglied im International Color Quality Club der weltbesten gedruckten Tageszeitungen.

Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet. Keine Haftung für unverlangt eingesandtes Text- und Bildmaterial.
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 73 vom 1. Januar 2010.